

22.05.2007 - 16:03 Uhr

## Gegen die Verwilderung der Arbeitsverhältnisse - Nationalrat muss Aldisierung von Teilzeitbeschäftigten stoppen

Bern (ots) -

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat heute die parlamentarische Initiative Keine Knebelungsverträge für Teilzeitbeschäftigte behandelt. Anlass zu dieser Initiative von Paul Rechsteiner gaben neue Verwilderungen der Arbeitsverhältnisse. So legt der Detailhandelsriese Aldi Suisse seinem Verkaufspersonal einen Arbeitsvertrag vor, der eine Teilzeitanstellung von 50 Prozent beinhaltet mit einer gleichzeitigen Verpflichtung zur Überstundenleistung und dem weitgehenden Verbot einer Zweitbeschäftigung.

Dass solche knebelnde Anstellungen inakzeptabel sind, hat auch die WAK des Nationalrats erkannt. Anstellungen, die weder eine Vollbeschäftigung noch eine zuverlässige Planung des Privatlebens ermöglichen, darf das Arbeitsrecht nicht tolerieren.

Wegen des Stichtenscheides des Präsidenten beschloss die WAK zwar keine Klarstellung im Gesetz. Der Handlungsbedarf, solche Anstellungsbedingungen zu unterbinden, ist jedoch klar erwiesen. Der Ball liegt nun beim Parlament. Die Persönlichkeit der Arbeitnehmenden sowie ihr Recht nach einem wirtschaftlichen Fortkommen müssen unabhängig vom Stellenpensum und vom Beschäftigungssektor gewährt werden. Das Gesetz hat den elementaren Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als wirtschaftlich schwächerer Vertragspartei vor weiterer Prekarisierung zu gewährleisten und eine solche Knebelung zu untersagen.

Auskünfte:

Doris Bianchi, Zentralsekretärin SGB, Tel. 076 564 67 67

Robert Schwarzer, Verantwortlicher Detailhandel Unia, Tel. 079 601 06 21

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100533874> abgerufen werden.